



GENERALDIREKTION INTERNE POLITIKBEREICHE
FACHABTEILUNG B: STRUKTUR- UND KOHÄSIONSPOLITIK

REGIONALE ENTWICKLUNG

WIE KÖNNEN REGIONAL- UND KOHÄSIONSPOLITIK ZUR BEWÄLTIGUNG DER DEMOGRAFISCHEN HERAUSFORDERUNGEN BEITRAGEN?

ZUSAMMENFASSUNG

Kurzfassung

Diese Studie bietet einen Überblick über regionale demografische Strukturen und Entwicklungen in der EU mit Schwerpunkt auf deren möglichen Auswirkungen auf die sozioökonomische und gebietsspezifische Kohäsion und die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Bewältigung des demografischen Wandels. Es wird detailliert untersucht, wie und inwieweit die europäische Kohäsionspolitik und die Strukturfonds für den Zeitraum 2007 - 2013 zur Bewältigung des demografischen Wandels auf regionaler Ebene beigetragen haben, um hieraus nützliche Hinweise abzuleiten, wie die Maßnahmen der Kohäsionspolitik in Zukunft (2014 - 2020) effizienter werden können. Die Studie enthält eine Literatur- und Datenübersicht über demografische und räumliche Trends in den EU-Regionen und die wichtigsten politischen Entwicklungen; eine Übersicht über die Programmunterlagen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007 - 2013; eine ausführliche Feldanalyse mit zehn regionalen Fallstudien und bewährten Praktiken sowie einen horizontalen Vergleich der wichtigsten Ergebnisse zur Ableitung von Schlussfolgerungen und Maßnahmenempfehlungen für den Programmplanungszeitraum 2014 - 2020.

Dieses Dokument wurde vom Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben.

VERFASSER

Projektleitung: Manuela Samek Lodovici (IRS)
Projektkoordinatorin: Monica Patrizio (IRS)

IRS, Istituto per la ricerca sociale (Mailand): Manuela Samek Lodovici, Claudio Calvaresi, Davide Barbieri, Sandra Naaf (Thüringen, Deutschland), Monica Patrizio, Flavia Pesce (Thüringen, Deutschland und Basilicata, Italien), Cristina Vasilescu (Centru, Rumänien), Giulia Rossi (Basilicata, Italien), Gabriele Solazzi, Maria Letizia Tanturri.

CSIL, Centre for Industrial Studies (Mailand) Silvia Vignetti, Gelsomina Catalano (Lincolnshire, Vereinigtes Königreich), Julie Pellegrin, Davide Sartori (Castilla-La Mancha, Spanien), Emanuela Sirtori (Provinz Lüttich, Wallonische Region, Belgien; Malta).

PPMI, Public Policy and Management Institute (Vilnius): Brozaitis Haroldas, Krystyna Iglicka (Niederschlesien, Polen), Lisa Hörnström (Östliches Mittelschweden, Schweden), Repeckaitė Dovilė Pvalionytė (Litauen)

ZUSTÄNDIGE BEAMTIN

Esther Kramer
Fachabteilung B: Struktur- und Kohäsionspolitik
Europäisches Parlament, B-1047 Brüssel
E-Mail: poldep-cohesion@europarl.europa.eu

EDITIONSASSISTENZ

Nóra Révész

SPRACHFASSUNGEN

Original: EN.
Übersetzungen: DE, FR.

ÜBER DEN HERAUSGEBER

Kontakt zur Fachabteilung oder Bestellung des monatlichen Newsletters: poldep-cohesion@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: Oktober 2013.
© Europäische Union, 2013.

Dieses Dokument ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:
<http://www.europarl.europa.eu/studies>

HAFTUNGS AUSSCHLUSS

Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung der Veröffentlichung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Studie bietet einen Überblick über die regionalen demografischen Entwicklungen in der EU und die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Bewältigung des demografischen Wandels, um Anhaltspunkte für die zukünftigen Programmplanungszeiträume abzuleiten.

Wichtigste demografische Herausforderungen

Bevölkerungsrückgang und -überalterung sind die wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft, während internationale Migration seit 1990 zum Haupttreiber für Bevölkerungswachstum geworden ist, ausgenommen in einigen östlichen europäischen Staaten, in denen die Nettomigration negativ ausfällt. Die europäischen Regionen weisen jedoch sehr unterschiedliche demografische Muster auf, die von unterschiedlichen sozioökonomischen Faktoren abhängen. Demografische Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf die räumlichen Bedingungen der EU, wobei periphere und ländliche Gebiete sowie postindustrielle Stadt- und Berggebiete stärker von Entvölkerung bedroht sind.

Diese demografischen Entwicklungen haben wichtige sozioökonomische und politische Begleiterscheinungen aufgrund ihrer Auswirkungen auf Produktivität und Wachstum, die Versorgung durch Sozial- und Gesundheitsdienste, das Bevölkerungsungleichgewicht zwischen städtischen und ländlichen Gebieten und den Arbeitskräftemangel. Der demografische Wandel stellt somit ein allgemeines Problem dar und erfordert je nach Gebiet unterschiedliche Maßnahmen und Eingriffe, u. a. im Hinblick auf: Sozialschutzsysteme, beschäftigungspolitische Maßnahmen, städtische und ländliche Raumplanung, Kommunikations- und soziale Infrastrukturen, Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und familienpolitische Maßnahmen, aus- und weiterbildungspolitische Maßnahmen, Immigrations- und Integrationsmaßnahmen.

Der demografische Wandel steht bei europäischen, nationalen und regionalen Maßnahmen an erster Stelle. Die Kommission hat eine Debatte angeregt und Daten, Indikatoren und Berichte erfasst; die Notwendigkeit von Reformen betont; und Strukturfondsverordnungen und strategische Leitlinien der Gemeinschaft zur Maßnahmenunterstützung angenommen, um Anpassungen an den demografischen Wandel zu ermöglichen. In der Strategie Europa 2020 werden insbesondere die demografischen Herausforderungen bei den meisten Leitinitiativen angesprochen. Im Jahr 2011 hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, in der die Folgen des demografischen Wandels für die Kohäsionspolitik auf regionaler Ebene behandelt werden. Die Mitgliedstaaten überarbeiten ihre Steuer- und Sozialleistungssysteme, um Arbeitnehmer dazu zu bewegen, im Arbeitsmarkt zu bleiben, während eine Reihe von Regionen Vorreiter bei strategischen Ansätzen sind und Maßnahmen zur Bewältigung ihrer spezifischen demografischen Herausforderungen entwickeln.

Die Rolle der Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik kann bei der regionalen Anpassung an den demografischen Wandel und bei der Beseitigung des Risikos größerer Unterschiede bei der Entwicklung der Regionen aufgrund von demografischen Entwicklungen eine wichtige Rolle einnehmen. Die meisten der vorrangigen Themenbereiche des EFRE und des ESF-Strukturfonds können zur Bewältigung der demografischen Risiken beitragen. Die zunehmende Bedeutung demografischer Probleme spiegelt sich in der größeren Beachtung wider, die ihnen in der

Kohäsionspolitik der Programmzeiträume 2007-2013 und 2014-2020 zukommt, auch wenn der demografische Wandel bei den horizontalen Grundsätzen nicht explizit beachtet wird.

Unseren Schätzungen zufolge waren im Zeitraum 2007 - 2013 insgesamt 64,1 Mrd. EUR (19 % des gesamten EFRE, ESF und Kohäsionsfonds, die Mitgliedstaaten zugewiesen wurden) für vorrangige Themenbereiche bestimmt, die direkt oder indirekt zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen verwendet werden.

Die zehn gebietsspezifischen Fallstudien zeigen verschiedene demografische und sozioökonomische Bedingungen auf und belegen eine zunehmende Sensibilisierung und Beachtung der demografischen Veränderungen auf lokaler Ebene.

- Kohäsionspolitische Maßnahmen sind häufig die wesentlichen Maßnahmen zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen auf regionaler und lokaler Ebene und ergänzen häufig nationale/regionale Strategien.
- Der Mehrwert der Kohäsionspolitik liegt insbesondere in der Bereitstellung von sozialen Infrastrukturen und der Regenerierung städtischer und/oder ländlicher Gebiete mit Hilfe von EFRE-Maßnahmen und in der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der Integration älterer Menschen, Frauen, junger Menschen und Migranten mit Hilfe von ESF-Maßnahmen. Durch die gebietsspezifische Zusammenarbeit wird effektiv das institutionelle Lernen vor Ort unterstützt.
- Die Möglichkeiten kohäsionspolitischer Maßnahmen waren jedoch in einigen Fällen begrenzt aufgrund einer fehlenden umfassenden Strategie zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen und der geringen Sensibilisierung für die Möglichkeiten der Strukturfonds zur Bewältigung des demografischen Wandels. Kohäsionspolitische Maßnahmen sind durchaus geeignet, die Möglichkeiten, die durch den demografischen Wandel entstehen durch die Wertschätzung der älteren Bevölkerung, Migranten und Frauen als Wirtschaftsteilnehmer und -treiber für Nachfrage und Angebot technologischer Innovationen, neuer Produkte und Dienstleistungen, auszuschöpfen.

Die erste Auswertung der strategischen Prioritäten für den Zeitraum 2014-2020 zeigt, dass den demografischen Herausforderungen und den Folgen der Krise größere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Eine stärkere Integration und Synergien zwischen der Kohäsionspolitik und anderen Strukturfonds sowie zwischen diesen Fonds und nationalen und regionalen Strategien sind ebenfalls vorgesehen.

Auswirkungen auf die Politikgestaltung

Die folgenden wichtigsten Auswirkungen auf die Politikgestaltung ergeben sich aus der Studie. Sie entsprechen den Angaben des Europäischen Parlaments in der Entschließung von 2011, und teilweise wurden sie bereits beim geänderten Entwurf des Legislativpakets, das den Rahmen für die Kohäsionspolitik 2014-2020 bildet, und bei den übergreifenden politischen Zielvorgaben des Gemeinsamen Strategischen Rahmens berücksichtigt.

Zur Verbesserung der Wirksamkeit der Strukturfonds bei der Bewältigung des demografischen Wandels im nächsten Programmplanungszeitraum wird es erforderlich sein, folgende Aspekte zu unterstützen:

- eine größere und spezifischere Konzentration auf den demografischen Wandel als vorrangiger Bereich in den endgültigen Verordnungen und die Herausgabe von Leitlinien zur Unterstützung der Mitgliedstaaten und Regionen, um die Möglichkeiten

auszuloten, die die Strukturfonds für den demografischen Wandel durch die Erstellung und Umsetzung von Partnerschaftsabkommen und operationellen Programmen bieten;

- eine stärkere Koordinierung und Integration von Aktivitäten, die durch die verschiedenen Strukturfonds gefördert werden, und eine mehr Flexibilität bei deren Anwendung zur Verbesserung der Komplementarität und Kohärenz;
- einen proaktiveren Ansatz bei der Bevölkerungspolitik und dem Austausch bewährter Praktiken und Erfahrungen zum institutionellen Lernen;
- spezielle Instrumente zur Überwachung und Bewertung der möglichen und tatsächlichen Auswirkungen der Strukturfonds bei der Bewältigung des demografischen Wandels durch die Veröffentlichung von Leitlinien und die Weiterentwicklung relevanter demografischer Indikatoren, um mit Überwachungs- und Bewertungssystemen relevante Schlüsseldaten erfassen und anschließend auswerten zu können;
- die Bereitstellung technischer Unterstützung für Verwaltungsbehörden und lokale Interessenträger zur Durchführung effektiver Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene.

Aufgrund seiner Funktion als Mitgesetzgeber, zusammen mit dem Rat, übernimmt das Europäische Parlament eine wichtige Rolle bei diesen Prozessen; es lenkt mehr Aufmerksamkeit auf die demografischen Herausforderungen und einen integrierten politischen Ansatz - in der EU-Politik im Allgemeinen und in der Kohäsionspolitik im Besonderen – sowie einen proaktiven Ansatz in diesem Bereich. Die kommenden Monate werden besonders wichtig sein, und das Europäische Parlament sollte die Anwendung der Entschließung von 2011 überwachen und seine Aufsichtsfunktion hinsichtlich der Wirksamkeit der Kohäsionspolitik bei der Bewältigung des demografischen Wandels verstärken.